

Verhaftungswelle 1942

Heinz Höhne, "Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle", Frankfurt/M. 1972

Gertrud Meyer, "Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933-1945", Frankfurt/M. 1971

Günther Nollau/Ludwig Zindel, "Gestapo ruft Moskau. Sowjetische Fallschirmagenten im 2. Weltkrieg", München 1979

Gert Rosiejka, "Die Rote Kapelle. 'Landesverrat' als antifaschistischer Widerstand", Hamburg 1986

"Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem 'Prinz-Albrecht-Gelände'. Eine Dokumentation", hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987

Johannes Tuchel/Reinhold Schattenfroh, "Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8: Hauptquartier der Gestapo", Berlin 1987

- g) Kapitel 8: Die Verfolgung von Widerstandskämpfern der Bästlein-Organisation in Hamburg 1943-1945

Curt Bär, "Von Göttingen über Osleb nach Godesberg. Politische Erinnerungen eines Hamburger Pädagogen 1919-1945", Hamburg 1979

Margot Pikarski/Günter Uebel, "Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933-1945", Berlin (Ost) 1980

- h) Kapitel 9: Die Widerstandstätigkeit von Franz Jacob und Bernhard Bästlein in Berlin 1942-1945

Gerhard Nitsche, "Die Saefkow-Jacob-Bästlein Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942-1945)", Berlin (Ost) 1957

Klaus Bästlein

Nachdruck des Aufsatzes aus: Beate Meyer/ Joachim Szodrzynski (Hrsg.), "Vom Zweifeln und Weitermachen. Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte. Für Helmuth Warnke zum 80. Geburtstag", Hamburg 1988, S. 44-89

II. BERICHTE

II. 1. "Reinbek in der Zeit des Nationalsozialismus" - Geschichte eines Projektes im Rahmen eines Schülerwettbewerbs.

Im Oktober 1987 entschloß ich mich, mit einer Klasse 10 der Realschule Reinbek an einem Schülerwettbewerb zum Thema "Reinbek zur

Zeit des Nationalsozialismus" teilzunehmen. Zu dieser Entscheidung kam ich gemeinsam mit meinen Schülern/innen aufgrund von mehreren Anstößen und Erfahrungen.

Bereits im November 1986 hatte ich im Rahmen einer Projektgruppe dasselbe Thema angeboten. Die damals beteiligten Schüler/innen gingen mit viel Engagement und Motivation an die Arbeit. Aber wir hatten unerwartete Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Material.

Auf eine Zeitungsannonce hin meldeten sich nur wenige alte Leute, die bereit waren, vor Schülern/innen über diese Zeit zu sprechen; die Gespräche erschöpften sich dann auch größtenteils in politisch neutralen Themen, z. B. in Erzählungen über persönliche Erlebnisse während der großen Bombenangriffe auf Hamburg. Auf unsere Anzeige hin wurde ich einige Male durch anonyme Telefonanrufe belästigt, beschimpft und gewarnt.

Untersuchungen oder Publikationen gab es unseres Wissens damals nicht. Selbst in der Festschrift zur 725-Jahrfeier der Stadt Reinbek aus dem Jahre 1963, die sich schließlich mit dem Zeitraum von 1238-1963 befaßt, findet man erstaunlicherweise nichts über die Zeit von 1933-45, während z. B. die Vor- und Frühgeschichte Reinbeks oder über Reinbek in der Zeit des Nordischen Krieges sehr sorgfältig recherchierte Aufsätze zu lesen sind.

Das Reinbeker Stadtarchiv war für unsere Projektarbeit nicht zugänglich. Auf einen Brief vom November 1986 an den Bürgermeister, in dem die Schüler/innen ihr Befremden äußerten, daß ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes Archiv für sie nicht benutzbar war, bekam ich schließlich Monate später, im Mai 1987, Antwort mit der unbefriedigenden Auskunft, daß das Material aus der Zeit von 1933-45 bisher - immerhin 41 Jahre nach Kriegsende! - noch nicht gesichtet worden sei.

Schließlich mußten wir unser Vorhaben, uns mit Reinbeker Ereignissen aus der NS-Zeit zu beschäftigen, fallenlassen; stattdessen behelfen wir uns mit einem - immerhin auch sehr lohnenden - Vergleich alter Lehrbücher aus der Nazizeit mit denen, die heute in der Reinbeker Realschule benutzt werden.

In der Abschlußdokumentation zu der Projektwoche wurde die Presse auf unser "gescheitertes" Projekt aufmerksam. Nachdem die Bergedorfer Zeitung über unsere Schwierigkeiten berichtet hatte und daran anschließend in einem Leserbrief ähnliche Probleme geschildert wurden, befaßte sich der Reinbeker Schulausschuß in seiner letzten Sitzung 1986 mit diesem Thema. Die Ausschußmitglieder sprachen sich dafür aus, anlässlich der 750-Jahrfeier der Stadt Reinbek 1988 einen Schülerwettbewerb zum Thema "Nationalsozialismus in Reinbek" zu empfehlen. Außerdem wurde die Einstellung eines hauptamtlichen Archivars gefordert, um das Reinbeker Stadtarchiv aus seinem "Dornröschenschlaf" zu erwecken. Es wurde auf die landes- und bundesweiten Tendenzen hingewiesen, örtliche Archive der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Beiden Vorschlägen der SPD stimmte der Magistrat der Stadt Reinbek zu.

Aber nicht nur diese ganze Vorgeschichte erweckte unser Interesse am Thema. Hinzu kam als aktueller Anlaß die Benennung unserer neuen Sporthalle nach einem Mann namens Hans Bauer, der in den zwanziger und dreißiger Jahren in Reinbek gelebt hat. Eine Umfrage der Schüler/innen ergab, daß niemand, weder Lehrer/innen

noch Schüler/innen noch Bürger/innen etwas über diesen Mann wußte.

Auch die Zeitungen gaben nur unbefriedigende und unzureichende Informationen zu Hans Bauer. Die Artikel zur offiziellen Einweihung als Hans-Bauer-Sporthalle durch die Reinbeker Sportvereine im November 1987 enthielt überhaupt keinen Hinweis; in den Ansprachen des Bürgervorstehers, des Bürgermeisters und des Kreispräsidenten wurde Hans Bauer mit keinem Wort erwähnt. Lediglich in einem Bericht zu der inoffiziellen Einweihung durch die Schüler/innen von Haupt- und Realschule wurde kurz auf die Person Hans Bauers eingegangen:

"Der Name der Halle geht auf den 1899 in Bayern geborenen Hans Bauer zurück, der vor dem Zweiten Weltkrieg als Vorstandsmitglied in dem 'Reinbeker Arbeitersportverein' mitarbeitete. Wegen seines Widerstands gegen den Faschismus wurde er 1939 inhaftiert und zwei Jahre später im Konzentrationslager Dachau ermordet." (Reinbeker Zeitung vom 27.10.1987)

Daß Hans Bauer ein einfacher Eisenflechter war und wegen seines unerschrockenen und mutigen Auftretens als Kommunist inhaftiert wurde, in mehreren Konzentrationslagern war, bevor er schließlich in Dachau umgebracht wurde, erfuhren wir, wie vieles andere, erst während unserer Recherchen.

Der kurze Zeitungsbericht hatte uns regelrecht alarmiert, und wir beschlossen, eigene Erkundigungen einzuziehen. Dabei stießen wir auf eine solche Fülle von Einzelinformationen zu der Zeit des Nationalsozialismus in Reinbek, daß wir beschlossen, an dem Wettbewerb der Stadt teilzunehmen.

Die Arbeit erstreckte sich über einen Zeitraum von ca. vier Monaten. Mich als Lehrerin hat besonders beeindruckt, daß 15 Schüler/innen einer Realschulabschlußklasse über einen solch langen Zeitraum "bei der Stange" blieben und ihre Freizeit einsetzten; viele Schüler/innen gingen regelmäßig mit mir einmal wöchentlich an einem Nachmittag ins Stadtarchiv. Jeder, der schon einmal in einem Archiv gearbeitet hat, kann nachvollziehen, wie zeitaufwendig diese Arbeit ist. Uns stand zwar jetzt ein Archivar zur Seite, der in jeder Weise kooperativ war, aber 2-3 Stunden vergingen oft im Fluge, ohne daß wir jedes Mal "fündig" geworden waren. Auch Zeugenbefragungen fanden fast ausschließlich nachmittags, also in der Freizeit der Schüler/innen, statt.

Sehr geholfen haben uns bei unserer Arbeit Materialien, die uns die "Geschichtswerkstatt Reinbek" bereitwillig zur Verfügung stellte. Aber dann blieb immer noch das mühselige Sortieren des Materials unter Oberbegriffe, das Formulieren, das Zusammenstellen der einzelnen Kapitel, die Gestaltung der einzelnen Seiten und nicht zuletzt das lästige Tippen.

Das Ergebnis war ein ca. 100 Seiten starkes Buch, gefüllt mit Zeitdokumenten, Fotos, Grafiken und den von den Schülern/innen verfaßten Texten.

Puzzleartig entstand ein - wenn auch unvollständiges - Bild der Nazizeit in unserer Gemeinde: Fast alle Phänomene des Nationalsozialismus begegnen uns hier im Kleinen: die Entwicklung der NSDAP, die Gleichschaltung, Formen des Widerstandes von Beispielen unangepaßten Verhaltens bis hin zu Beispielen des Wider-

standes, die mit Verfolgung und Tod im KZ endeten, Propaganda, Krieg und seine Auswirkungen etc.

Vieles blieb natürlich, wie oben schon erwähnt, unvollständig und könnte und sollte in Zukunft weiter recherchiert werden: so z. B. das Thema Zwangsarbeiter; so auch das Thema Juden (als wir mit unserer Arbeit fertig waren, erfuhren wir beispielsweise, daß einer der Reinbeker Juden, die in einer Liste von 1942 erfaßt worden waren und die laut Anweisung des Landratsamtes in Bad Oldesloe sich noch im Februar 1945 in Hamburg zwecks Abtransports in das KZ Oranienburg sammeln sollten, heute noch in Hamburg lebt); so auch das Thema "Arbeitslager Reinbek".

Der größte Wert der Arbeit liegt für mich nicht in dem faßbaren und sichtbaren Ergebnis in Form des Buches, sondern in dem, was offensichtlich in den Schüler/innen abgelaufen ist und sich entwickelt hat.

Vieles von dem, was die Schüler/innen bearbeiteten und erfuhren, löste Betroffenheit aus; so die Tränen einer alten Dame, als sie von den Flüchtlingen des großen Bombenangriffs auf Hamburg in Reinbek erzählte; so auch die auffälligen Verdrängungsmechanismen der Witwe eines im KZ umgekommenen Reinbeker Bürgers, die anders wohl kaum weiterleben konnte.

Ich denke auch, daß die Sensibilität der Schüler/innen bezüglich des Nationalsozialismus gewachsen ist. Als z. B. die örtliche Presse im Juni 1988 über die geplante Gedenksäule zu Ehren des in Dachau umgekommenen Hans Bauer berichtete, erregten sich etliche Schüler/innen über die für die Säule vorgesehene nichtssagende Formulierung "Er starb 1941 im Konzentrationslager Dachau" und schrieben umgehend einen Leserbrief.

Nicht zuletzt machten die Diskussionen während der Arbeit mir immer wieder deutlich, daß die Schüler/innen erstaunt darüber waren und die Einsicht gewannen, daß es auch innerhalb eines solchen Systems mehr Spielraum für persönliches, moralisch begründetes Handeln gab, als sie für möglich gehalten hatten (z. B. daß es auch im NS-Reich eine ganz persönliche Entscheidung gab, ob ich den Nachbarn, der einen britischen Sender hört, anzeige, wie in Reinbek geschehen, oder nicht; ob ich einen Mitbürger anzeige, wie in Reinbek geschehen, weil ich gesehen habe, daß er die Hakenkreuzfahne nicht gegrüßt hat, ...).

Nun könnte mein Bericht im Grunde schließen. Doch ich denke, daß auch die Reaktion auf unsere Arbeit interessant ist.

Die Reaktion von Mitbürgern/innen auf unsere Beschäftigung mit diesem Thema hatten die Schüler/innen bereits zu Beginn der Arbeit durch ausführliche Interviews herausgefordert. Daraus wurde das ganze Spektrum bereits bekannter und gängiger Argumente deutlich. Viele begrüßten das Vorhaben und ermutigten die Schüler/innen; Vergangenheit müsse aufgearbeitet werden, um in Zukunft ähnliche Entwicklungen zu verhindern; Verständnis müsse geweckt werden, dem Vergessen müsse vorgebeugt werden.

Aber die Schüler/innen stießen auch auf vehemente Ablehnung; man solle nicht immer wieder alles "aufwühlen"; das Thema hänge einem schon "zum Halse heraus"; die Deutschen seien auch nicht schlechter als andere; man müsse auch einmal vergessen dürfen; man wolle nicht immer wieder an die schreckliche Zeit erinnert

werden.

Für die Schüler/innen frustrierend war die Reaktion der Stadtverwaltung, die mit der Durchführung des Wettbewerbs beauftragt worden war.

Abgegeben wurde das fertige Buch Anfang Februar 1988. Als die Schüler/innen bis Mai 1988 nichts hörten und zwei Schülerinnen, die im Rathaus nachfragen wollten, sich "abgewimmelt" fühlten, entschloß ich mich, ungerne, selbst nachzufragen, da der Schulentlassungstermin für diese Klasse unmittelbar bevorstand und die Schüler/innen eventuell ohne jegliche Rückmeldung die Schule und manche den Wohnort verlassen würden.

Das Gespräch bei der zuständigen Dame in der Stadtverwaltung verlief in meinen Augen äußerst ärgerlich und unbefriedigend. Ich sollte nachweisen, wo die Stadt in der Wettbewerbsausschreibung welche Preise versprochen habe, es handele sich im Grunde gar nicht um einen echten Wettbewerb (das Wort "Wettbewerb" steht groß als Überschrift auf dem Aufruf zur Teilnahme!); die Arbeiten sollten im Rahmen der Festwoche zur 750-Jahrfeier im August 1988 ausgestellt werden.

Außerdem sähe sich die Stadt außerstande, die Arbeit zu beurteilen, man habe schließlich keine Fachleute (das fand ich geradezu grotesk, denn die Resonanz auf die Ausschreibung war außerordentlich gering: neben unserer Arbeit ging ein Bild ein und ein außer Konkurrenz abgegebener Aufsatz. D.h. man hätte sich von der Stadt eventuell dazu "durchringen" müssen, einem Bild und einem Buch je einen Preis zu verleihen).

Außerdem sei es ihnen nicht möglich zu überprüfen, ob überhaupt alle Ausführungen der Schüler/innen stimmten (Jede behauptete Aussage wurde in dem Buch mit Quellen belegt; außerdem, so denke ich, sollte man Schüler/innen auch Fehler zugestehen; es handelt sich um eine Arbeit von 15-16jährigen Jugendlichen).

Das "Ergebnis" des Gesprächs bestand aus der Zusage, darüber mit dem Bürgermeister zu reden.

Auf Grund meines Telefongesprächs mit dem Schulausschußvorsitzenden und dessen Initiative wurden die Teilnehmer/innen des Wettbewerbs schließlich zu einer sowieso anberaumten Pressekonferenz dazugebeten.

Letztlich war die Resonanz in der Presse für die Schüler/innen eine Würdigung ihres Engagements und Arbeitseifers.

Ende August 1988, mein Bericht ist gerade fertig, stelle ich fest, daß auf der großen Hinweistafel an der Einfahrt zur Hans-Bauer-Sporthalle der Name des Kommunisten und KZ-Opfers Hans Bauer von Unbekannten eilig überklebt wurde.

Stefanie Antoniadis-Wiegel

II. 2. Später Nachruf auf einen Nachruf - Dr. Wilhelm Hahn

In Heft 12 des AKENS-INFOS ist von der "schleswig-holsteinischen

Pressefreiheit" die Rede. Klaus Bästleins diesbezügliche Erfahrungen rufen mir einen ähnlichen Fall ins Gedächtnis. Auch dabei geht es um die "Kieler Nachrichten" (KN).

Am 23. Februar 1982 las man in den KN einen Nachruf auf Dr. Wilhelm Hahn, der kurz zuvor im Alter von 82 Jahren gestorben war. In dem kurzen Abriß des Lebensweges dieses "vielseitigen Historikers" (Genealogie, Kirchen-, Pastoren- und Studentengeschichte, Geschichte des Buchdrucks und der Papiermühlen) konnte man zwar nicht ganz über seine Aktivitäten im Dritten Reich hinwegsehen. Doch was man brachte, wäre besser ganz unterblieben:

"Im Jahre 1930 wurde Dr. Hahn zum ersten hauptamtlichen Redakteur und Geschäftsführer des Evangelischen Presseverbandes (muß heißen: Preßverbandes; G. H.) der Landeskirche Schleswig-Holstein berufen. Nachdem 1933 die unabhängige Arbeit unmöglich geworden und 1937 die kirchliche Presse insgesamt verboten worden war, trat er in den Archividienst der damaligen Provinzverwaltung Schleswig-Holstein über."

Diese verkürzte und unrichtige Darstellung wollte ich in einem Leserbrief korrigieren (28.2.1982). Als zunächst überhaupt keine Resonanz erfolgte, fragte ich bei der Redaktion nach, die mich dann wissen ließ, daß der Chefredakteur meine Zuschrift abgelehnt habe. "weil wir in unserer Leserbriefspalte im Nachhinein über Verstorbene nicht noch Negatives verbreiten wollen, auch wenn es Tatsachen sein sollten" (9.7.1982).

Da wären also zwei Gesichtspunkte. De mortuis nil nisi bene - über Tote nur Gutes. Ein guter Grundsatz für den allgemeinen menschlichen Umgang miteinander, wie die Römer schon meinten. Ihn anzuwenden auch auf "Personen der Zeitgeschichte", wie es vielen ins Konzept passt, fordert denn doch zum Widerspruch heraus. Und schließlich waren es ja die "Kieler Nachrichten", die Wilhelm Hahn mit ihrem Nachruf in den zeitgeschichtlichen Kontext stellten und ihm mit der Art, wie sie es taten, einen denkbar schlechten Dienst erwiesen.

Bei den beiden zitierten Sätzen mag es sich um eine Kleinigkeit handeln - auf den ersten Blick. Sie mögen auch der Unkenntnis in der Kieler Redaktionsstube zuzuschreiben sein, dem Redakteur unreflektiert in die Feder geflossen sein, da es doch der allgemeinen Vorstellung entsprach, daß die evangelische Landeskirche in hartem Widerstandskampf gegen das NS-Regime gestanden hat, daß die Kirche damals - will man dem sogenannten Stuttgarter "Schuld-bekennnis" folgen - "mutig bekannt, treu gebetet, fröhlich geglaubt und brennend geliebt" hat, nur eben freilich nicht ganz genug.

Und wie war es mit dem ganz außerordentlich einflußreichen Kirchenmann Wilhelm Hahn? Wir wissen manches über ihn, denn er war nicht nur Geschäftsführer jenes Preßverbandes. Er war auch Hauptschriftleiter des der Inneren Mission gehörenden, in Schleswig-Holstein und Hamburg weit verbreiteten Gemeindeblattes "Pflugschar und Meißel".

In deren Jubiläumsausgabe vom 9. Oktober 1938, genau einen Monat vor dem Judenpogrom, las man in dem von ihm verantworteten Leitartikel "... das prediget von den Dächern! 10 Jahre" das Nötigste zum Entstehungsmotiv dieser Wochenzeitung: "Unser Blatt begann seine Arbeit in einer Zeit schärfster antireligiöser Machen-

schaften in unserem Volke. Den auflösenden und zersetzenden Tendenzen, die von bolschewistischer gottloser Seite her in unser Volk getrieben wurden, galt es ebenso energisch vom Evangelium von Jesus Christus her zu begegnen, wie auch dem schleichenden Gift, das von einem jüdisch-infizierten Literatentum Tag für Tag die Volksseele vergiftete."

Das war also im Jahr 1938. Und diese Tendenz sollte das Blatt durchhalten bis zum Ende. Sie blieb auch das Leitmotiv, das einmal subtil, dann wieder laut und aggressiv die zahllosen Beiträge von Hahn selber kennzeichnete. Es dürfte nur wenige evangelische Publizisten gegeben haben, die die politischen Maßnahmen des NS-Staates mit so viel ungeteilter Zustimmung kommentierten, die die Übereinstimmung von Nationalsozialismus und Christentum ihren vielen - in der Regel wohl eher unbedarften - Lesern so eindringlich suggeriert haben, wie Wilhelm Hahn, wobei er sich vorzugsweise der vertrauten, eingängigen Worte des Neuen Testaments und anderer frommer Texte bediente.

Niemand hat die NS-konformen Schlagzeilen und Ausführungen von Wilhelm Hahn und den übrigen Mitarbeitern an dem Blatt erzwungen oder erpreßt. Sie sind nicht Früchte einer verlorenen Unabhängigkeit, sondern Indizien einer freigewählten und überzeugten Anhängerschaft. Und diese datiert nicht erst vom 30. Januar 1933.

Wie sehr die Kirche insgesamt 1914 zur Kriegsbegeisterung beige-tragen hat, ist allgemein bekannt. Man sollte aber nicht länger übersehen, daß viele einflußreiche Vertreter der Kirche die ihr anvertraute Jugend auch zur Schlachtbank des Zweiten Weltkrieges geführt haben. Wilhelm Hahn plazierte am 12. März 1939 auf der Titelseite einen Aufsatz seines engen Mitarbeiters Kähler "Die Glocken läuten zum Heldengedenken." Darin heißt es: "Wir freuen uns, ihnen melden zu können, daß eine neue Generation erzogen wird, die, wenn es einmal not sein sollte, in gleicher Opferbereitschaft hinauszieht wie die Soldaten des Großen Kurfürsten, des Alten Fritz, wie die Kämpfer des Freiheitskrieges oder die Soldaten von 1870 und 1914. Dieses Geschlecht wird stark sein, wenn es die Devise des alten Koppelschlosses beherzigt: Gott mit uns! und dieses Wort Sein [d. h. Gottes; G. H.] Wort sein läßt."

Man fragt sich: Warum sollten NS-Staat oder Partei ein solches Blatt verbieten? Warum sollten sie einen so wichtigen Bundesgenossen für ihre unmittelbar bevorstehenden kriegerischen Unternehmungen zum Schweigen bringen? Es ist wohl eine Überlegung wert, ob nicht die leiseren, eingängigen Töne kirchlicher Organe die Heimatfront mehr stabilisiert, den deutschen Armeen sowie den nachrückenden Einheiten von SS, SD und Gestapo mehr den Rücken gestärkt haben, als die schrillen Dissonanzen aus dem Reichspropagandaministerium.

Am 2. Februar 1941 kommentierte Wilhelm Hahn "die gewaltige Rede des Führers" zum Jahrestag der Machtübernahme und versicherte, die innere Geschlossenheit des deutschen Volkes werde eine Wiederholung des November 1918 unmöglich machen. "In der unerschütterlichen Siegeszuversicht stehen Führer und Volksgemeinschaft zusammen. Ein Wille nur beherrscht beide: Am Ende steht unser Sieg! ... Das heißt für uns, daß wir alle jedes Opfer, das noch gefordert wird und im Interesse der Gesamtheit gefordert werden muß, gerne und willig bringen. Es geht um das höchste Ziel, das es für uns gibt: um das Leben unseres Deutschland!"

"Unser Deutschland", das Dritte Reich als "unser höchstes Ziel", in einem evangelischen Gemeindeblatt! Und dazu die Ambivalenz des Begriffs "Opfer": Er umschließt beides - die Bereitschaft der jungen, von der Kirche konfirmierten Männer, sich selber zum Opfer zu bringen, und daneben, die Sündenböcke zum Opferaltar zu schleppen, wie er z. B. in Auschwitz-Birkenau errichtet werden sollte.

Wilhelm Hahn war mit seinem Blatt "Pflugschar und Meißel" ein überaus effektiver Multiplikator, und zwar Dank der beflissenen Mitarbeit all jener Pastoren, die sein Blatt vielhundertfach in die Familien ihrer Gemeinden schickten (in Kaltenkirchen gut 400 Exemplare) und die alle Jahre, wie in Kaltenkirchen, durch Werbekampagnen für eine noch weitere Verbreitung sorgten. Über diese Art kirchlicher Mittäterschaft und Mitverantwortung wurde meines Wissens bisher wenig gesprochen. Aber auf diesem Hintergrund wird Gollwitzers erschrockene Feststellung begrifflich: "Das waren doch unsere Konfirmanden!" die diesem höchsten Ziel dienten.

In der Tat stellte das Blatt mit seiner Ausgabe vom 23. Februar 1941 sein Erscheinen ein, nachdem es schon sofort nach Kriegsbeginn dem Umfang nach auf die Hälfte reduziert worden war. Es ging dann gleichzeitig in das auch schon längere Zeit bestehende Wochenblatt gleicher Tendenz "Am Sehrohr der Zeit, Glaube und Heimat" (Herausgeber Wilhelm Schädler, Rendsburg) auf und erreichte denselben Bezieherkreis. Bis sich dann auch dieses Blatt noch im Jahre 1941 verabschiedete, willig "geopfert" wurde.

Beide Blätter traf das gleiche Schicksal wie ungezählte andere Organe der verschiedenen Richtungen. Maßgeblich waren auf staatlicher Seite keineswegs Unterdrückungsabsichten. Wahrscheinlich erfolgten die entsprechenden Verfügungen bezüglich dieser beiden Kirchenblätter mit ihren so kriegswichtigen, wöchentlich wiederkehrenden Durchhalteparolen sogar mit großem Bedauern. Maßgeblich waren ganz einfach und ausschließlich kriegswirtschaftliche Gründe: Papiermangel. Durchs "Sehrohr der Zeit" gesehen sah das so aus (Ausgabe vom 18. Mai 1941): "An unsere Leser! Die Kriegswirtschaft erfordert stärkste Konzentration aller Kräfte. Diese Zusammenfassung macht es notwendig, daß unser Blatt 'Am Sehrohr der Zeit' mit allen Sonderausgaben mit dem heutigen Tag bis auf weiteres sein Erscheinen einstellt, um Menschen und Material für andere kriegswichtige Zwecke freizumachen."

Gerhard Hoch

II. 3. Historiker klagt gegen die Archivverwaltung Rheinland-Pfalz.

Dem jüdischen Historiker Raymond Wolff, der die Briefe seiner 1942 ermordeten Großeltern herausgeben will, wurde Einsicht in NS-Akten verweigert. Der AKENS veröffentlicht daher eine Presseerklärung vom 14. September 1988:

Wenige Wochen vor dem 50. Jahrestag der Judenpogrome vom 9./10. November 1938 sieht sich Raymond Wolff, ein deutscher Historiker jüdischer Religion, gezwungen, die Archivverwaltung Rheinland-

Pfalz auf Akteneinsicht zu verklagen. Er bereitet eine Edition von über 180 Briefen seiner aus Nackenheim am Rhein stammenden Großeltern vor, die den Zeitraum von 1938 bis 1941 dokumentieren. 1942 wurden die Großeltern nach Polen deportiert und dort ermordet. In einem Nachwort zur Edition soll auch auf andere, in den Briefen erwähnte Juden eingegangen werden. Deshalb wollte Raymond Wolff Akten im Landesarchiv Speyer auswerten, die die Geschichte dieses Personenkreises in der NS-Zeit beleuchten. Dabei ging es um die Akten wie "Verbot der SPD", "Anmeldung des Vermögens der Juden" und "Zwangsveräußerungen jüdischen Grundbesitzes". Die Einsichtnahme in diese Akten wurde dem Historiker jedoch verweigert. Die Archivverwaltung Rheinland-Pfalz war auch auf mehrfache dringende Bitten nicht bereit, die einschlägigen Archivalien für das Editionsprojekt zur Verfügung zu stellen.

Dagegen hat Raymond Wolff jetzt Klage vor dem Verwaltungsgericht Koblenz erhoben. Die Archivverwaltung hatte ihre Ablehnung lediglich mit einem pauschalen Hinweis auf den "Daten- und Persönlichkeitsschutz" begründet. Raymond Wolff beruft sich dagegen auf das Grundrecht der Forschungsfreiheit und rügt die Verletzung verschiedener Vorschriften durch die Archivverwaltung Rheinland-Pfalz. Der Historiker macht darüber hinaus ein besonderes öffentliches Interesse an seiner Forschungstätigkeit zur Aufklärung der Geschehnisse unter der NS-Herrschaft geltend. Man könne ihm als Enkel zweier NS-Opfer nicht einfach die Einsichtnahme in Unterlagen verweigern, die für die Herausgabe der letzten Briefe dieser Opfer von Bedeutung seien.

Nur wenige Tage vor der Klageerhebung gegen die rheinland-pfälzische Archivverwaltung hatten Juristen und Historiker bei einem internationalen Symposium in Ludwigsburg die restriktive Praxis bei der Akteneinsicht in deutschen Archiven heftig kritisiert. So erklärte der amerikanische Fahnder nach NS-Verbrechen, Neal Sher, er habe den Eindruck, daß die Unterlagen so lange zurückgehalten würden, "bis der letzte Nazi gestorben ist." Oberstaatsanwalt Alfred Streim meinte, nach Erfahrungen der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen werde Wissenschaftlern immer wieder der Zugang zu NS-Akten versperrt. Und der Berliner Historiker Professor Wolfgang Scheffler fügte hinzu: "Wir müssen loskommen von der Willkür einzelner wildgewordener Bürokraten."

Auch Raymond Wolff betrachtet seine Klage vor dem Verwaltungsgericht als einen Beitrag zur Eindämmung der Behörden-Willkür im deutschen Archivwesen. Dabei war man in Rheinland-Pfalz in seinem Fall sogar so weit gegangen, eine Akte über "Boycottmaßnahmen und Ausschreitungen gegen Juden" zu sperren, die unmittelbar die Pogrome vom November 1938 betrifft. "An einer solchen Praxis werden sich die bevorstehenden Reden zum 50. Jahrestag der Pogrome messen lassen müssen", meint Raymond Wolffs Berliner Anwalt Dr. Stefan König.

Zu näheren Auskünften sind bereit:

- Raymond Wolff, M. A., Wildenbruchplatz 4, 1000 Berlin 44, Tel. 030/6878149
- Klaus Bästlein, Elbingroder Weg 13, 1000 Berlin 44, Tel. 030/6871251
- Dr. Stefan König, Rechtsanwalt, Potsdamerstr. 96, 1000 Berlin

II. 4. Probleme im staatlichen Archivwesen Schleswig-Holsteins

In einer Radiosendung wies der Norddeutsche Rundfunk auf die Probleme im staatlichen Archivwesen Schleswig-Holsteins hin. Der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein dokumentiert den Beitrag, der am 1.11.1988 auf NDR I - Welle Nord - im Magazin "Von Binnenland und Waterkant" gesendet wurde.

Reporterin: Birgit Karnath (BK), Redakteur im Studio: Jürgen Hingst (JH), Interviewpartner: Klaus Bästlein (KBä)

JH: Zeitgeschichte zu schreiben, wird für Historiker gelegentlich zum Lotteriespiel. Zwar sind die Quellen reichhaltig, aber sie sind nicht immer zugänglich. Datenschutz ist sicher eine notwendige und sinnvolle Sache, allerdings werden Wissenschaftler in Schleswig-Holstein gelegentlich den Eindruck nicht los, daß immer dann, wenn es um die Erforschung von Tatsachen aus der NS-Zeit geht, der Datenschutz äußerst streng gehandhabt wird. Informativ und erhellend ist das dann nicht, was man über diese dunkle Zeit erfährt. Diese Erfahrung hat zum Beispiel der Lokalhistoriker Klaus Bästlein schon gemacht, als er noch an seiner Arbeit über das KZ Husum-Schwesing saß. Und diese Erfahrung machte er jetzt wieder - allerdings aus dem Kultusministerium kam jetzt von höchster Ebene "grünes Licht". NS-Akten sollen öffentlich gemacht werden können, wenn es die zeitgeschichtliche Arbeit erfordert. Birgit Karnath berichtet.

BK: Klaus Bästlein ist ein vielseitiger Mann. Er hat Geschichte und Jura studiert, er arbeitet an der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand mit, und er sitzt an einer Doktorarbeit über Sondergerichte in Norddeutschland während der NS-Zeit. Klaus Bästlein interessiert sich - wie man sieht - für die juristischen Aspekte des Nationalsozialismus. Und dies - vielleicht weil er in Husum geboren ist (Klaus Bästlein ist tatsächlich in Flensburg geboren und ist in Husum aufgewachsen, Anm. d. Red.) - besonders in Schleswig-Holstein. Seit einiger Zeit arbeitet er - neben seiner Doktorarbeit - noch an einem zweiten Thema.

KBä: Es geht um die Mordaktionen an Behinderten und Kranken in Schleswig-Holstein, die immer noch fälschlich meistens als "Euthanasie" - also als "schöner Tod" - bezeichnet werden. Es sind aus Schleswig-Holstein während des Krieges 1941 und 1944 mehrere Tausend Patienten aus dem Landeskrankenhaus Schleswig, aus dem Krankenhaus in Neustadt an der Ostsee, aus Lübeck-Strecknitz, aus den kirchlichen Einrichtungen in Kropp und Rickling deportiert worden - zum Teil vergast worden, zum Teil durch Spritzen und auf andere Weise ermordet worden. Diesen Vorgang versuche ich zu untersuchen - von Berlin aus über das, was in Kiel geschehen ist, bis in die einzelnen Anstalten hinein.

BK: Für diese Arbeit ist er auf Archive angewiesen. Und darauf, daß ihm dort Einblick in die entsprechenden Akten gewährt wird. Klaus Bästlein über seine Erfahrungen im In- und Ausland:

KBä: Außerhalb Schleswig-Holsteins habe ich in diesem Fall keine Probleme gehabt. Ich habe auch zum Beispiel bei der Staatsanwaltschaft Kiel, die sich außerordentlich zuvorkommend und freundlich verhalten hat bei der Einsichtnahme in ein Ermittlungsverfahren, keine Probleme gehabt. Aber ich habe von Anfang an große Probleme gehabt im Landesarchiv Schleswig und muß auch aus meiner Erfahrung sagen, da ich nun die meisten Archive in der Bundesrepublik und auch im benachbarten Ausland kenne, daß der Stand der Benutzungsfragen hier in Schleswig, aber auch der Aktensicherstellung außerordentlich problematisch ist, und Schleswig-Holstein bisher nach Rheinland-Pfalz das Schlußlicht in der deutschen Archivalandschaft gebildet hat.

BK: Konkret: Klaus Bästlein wurde die Akteneinsicht verwehrt. Offizielle Begründung: Sogenannter "fortwährender Persönlichkeitsschutz" für die Opfer. Also Datenschutz für diejenigen, die als Zwangssterilisierte zum Beispiel noch heute unter den Folgen der NS-Psychiatrie leiden. Eine sinnvolle Bestimmung natürlich. Nur geht bei Forschungsarbeiten die Verantwortung für den Opferschutz in der Regel an die Wissenschaftler über - und die wissen damit umzugehen. Wenn auch Wissenschaftler solche Akten nicht sehen dürfen, kommt immer wieder der Verdacht auf, daß vielleicht doch eher die Täter als die Opfer geschützt werden sollen. Aber es gibt noch andere Gründe:

KBä: Das hängt mit dem politischen Klima, glaube ich, im Lande zusammen, daß man über die Zeit des Nationalsozialismus doch von konservativer Seite bisher nicht recht hier im Lande etwas machen wollte. Und es hängt auch zum Teil damit zusammen, daß es eben bisher hier im Lande überhaupt keine ausgewiesene zeitgeschichtliche Forschung gibt - weder an den Universitäten, noch an den Hochschulen, noch Archivare, die auf diesem Gebiet besonders ausgebildet sind. Die Archivare, die hier tätig sind im Landesarchiv, sind alle Leute, die sich im Mittelalter, in der frühen Neuzeit, auch bis ins 20. Jahrhundert recht gut auskennen und hervorragende Arbeit leisten bei der Betreuung von Heimatforschern, von Mittelalter-Forschern und so weiter, nur eben bei der Zeitgeschichte, da hakt es. Und da hakt es nicht nur bei der Akteneinsicht, sondern schon bei der Aktensicherstellung. Die wichtigsten Akten für mich, die Generalakten zum Beispiel des Landeskrankenhauses hier, sind in den 70er Jahren planmäßig vernichtet worden, weil das Landesarchiv gar keine personellen Möglichkeiten hatte, auch keine Zugriffsmöglichkeiten hatte, diese Akten sicherzustellen. Man hat sich also einfach nicht darum gekümmert - und dann sind die Akten weg.

BK: Klaus Bästlein ist inzwischen ein Stück weitergekommen. Staatssekretär Peter Kreyenberg vom Kultusministerium hat verfügt, daß dem Wissenschaftler die Akten vorgelegt werden müssen. Bästlein wäre aber auch - und das ist neu an diesem Fall - bis vors Verwaltungsgericht gezogen. Aber über die Hilfe im Einzelfall hinaus muß, findet er, jetzt einiges passieren.

KBä: Es gibt natürlich noch einige Akten, die für mich wichtig waren, und die ich nicht sehen durfte. Da müssen klare Regelungen getroffen werden. Das hat der Herr Staatssekretär mit seinem Bescheid teilweise getan, wenn er sagt, die zeitgeschichtliche Forschung soll nicht stärker behindert werden als unbedingt nötig ist aus Gründen des Personen- und Datenschutzes. Dann bräuchten wir aber auch dringend ein Archivgesetz, um das ganze auf eine wirklich solide Grundlage zu stellen. Und zum dritten müssen wir

konkrete Vorbereitungen treffen für die Aktensicherstellung und das wird nur gehen, wenn wir in Zukunft Archivare haben, die zeitgeschichtlich vorgebildet sind, die auch Schleswig-Holstein kennen, und die wirklich zusammen mit den Landesbehörden das in Angriff nehmen.

BK: Staatssekretär Kreyenberg sagte auf unsere Nachfrage, ein Landesarchivgesetz stehe auf der Liste. Die Verabschiedung könne sich aber wegen anderer Prioritäten bis Ende 1990 hinziehen. Auch um die Besetzung freierwerdender Archivstellen mit Zeitgeschichtlern werde das Ministerium sich bemühen.

III. ERWIDERUNG AUF EINE REZENSION

Nach langen Überlegungen haben wir uns entschlossen, eine 2. etwas überarbeitete Ausgabe des Buches "Verschleppt zur Sklavenarbeit" herauszugeben.

Mehrere Gründe haben uns hierzu bewogen:

- Seit fast zwei Jahren konnten wir die Nachfrage nach dem Buch nicht mehr befriedigen.

- Die vielen positiven Rückmeldungen und Ergänzungen aus der gesamten Bundesrepublik und dem Ausland und die dabei geäußerten Wünsche nach Neuauflage.

- An zahlreichen Orten hat unser Buch Forschungen angeregt, die unsere Angaben erweiterten. Das wollen wir weiterhin ermöglichen.

- Eine Tagung der Evangelischen Akademie Nordelbien in Segeberg zum Thema Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. In diesem Zusammenhang entstand der neue Beitrag von Dr. Müller-Fahrenholz.

Wir hatten im Vorwort unseres Buches seine Unvollkommenheit hervorgehoben und erklärt, daß wir "für alle kritischen und ergänzenden Hinweise... dankbar" sind. Dieser Hinweis ist von den meisten Lesern und Rezensenten richtig verstanden und gewürdigt worden.

Ausnahmen bestätigen jedoch wie überall die Regel.

Die von Klaus Bästlein (AKENS INFO Nr. 7/8 [1986], S. 53-65) und von Johannes Tuchel (Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte [ZSHG] 111 [1986], S. 274-277) veröffentlichten Rezensionen fallen hier insbesondere durch die verletzende Wortwahl und ihre Fehlerhaftigkeit aus dem Rahmen. Beide Rezensionen ähneln sich so stark, daß vermutet werden darf, es handele sich um eine Gemeinschaftsarbeit oder sie stammen in Wahrheit aus einer Feder.

Wir haben bisher auf eine öffentliche Erwiderung der Rezensionen verzichtet, weil wir einen "Streit zwischen Kollegen" vermeiden wollten. Dies scheint jedoch falsch verstanden worden zu sein. Trotz längeren Briefwechsels mit Gerhard Hoch hält Klaus Bästlein beide Besprechungen weiterhin für so gut, daß er Vermerke über das Buch mit entsprechenden Hinweisen auf die Rezension versieht (ZSHG 113 [1988], S. 162).